

Ihre Zeitung in
deutscher Sprache



POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY MAY 1, 2021

Versandt am 27. 4. 2021

Einzelpreis US\$3.50

AMERICAN NEWSPAPER PUBLISHED IN GERMAN



W NORDAMERIKANISCHE WOCHENPOST

167th Year - No. 23592088 • Sunday, April 25 - Saturday, Mai 1, 2021



«Lauselümmel» als Student:
Deutscher mit 13 Jahren
an New Yorker Uni

Seite 6



Glotze statt Partys:
Wie Deutschland
durch die Corona-
Pandemie zapft

Seite 3



NACHRICHTEN - Kompakt

Italiens Regierung ebnet Weg für Milliarden-Investitionsplan

Rom (dpa) - Italiens Regierung hat in einer nächtlichen Sitzung grünes Licht für den Finanzierungsplan zum wirtschaftlichen Aufbau und für Zukunftsinvestitionen nach der Corona-Krise gegeben. Das hart von der Pandemie getroffene Land hat Aussicht auf 191,5 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds. Italien erhalte am meisten aus diesen EU-Instrumenten, teilte die Regierung mit. Der Plan muss noch durchs Parlament. Die EU-Gelder und zusätzliche nationale Fonds bilden zusammen den sogenannten Plan für die Neubelebung und Widerstandsfähigkeit. Er soll laut Regierung insgesamt rund 222,1 Milliarden Euro umfassen.

Bundes-Notbremse ohne größere Zwischenfälle angelaufen

Berlin - In zahlreichen Städten und Landkreisen gilt seit Samstag die Corona-Notbremse des Bundes. Nur vereinzelt stellte die Polizei in der ersten Nacht Verstöße gegen Ausgangsbeschränkungen fest. So seien in München weniger Fälle als in den Wochen zuvor registriert worden, teilten die zuständigen Behörden mit. Die meisten Verstöße seien in Wohnungen festgestellt worden. Auch im Saarland bleib es ruhig. Dort hatte die Polizei noch am vergangenen Wochenende von massiven Verstößen gegen die Corona-Regeln berichtet.

Kurzarbeit und Produktionspause: Chipmangel bei Audi und Daimler

Ingolstadt/Stuttgart (dpa) - Die Autobauer Audi und Daimler ziehen weitere Konsequenzen aus dem Mangel an wichtigen elektronischen Bauteilen. Audi schränkt die Produktion im Werk Neckarsulm in der kommenden Woche ein. Daimler kündigt an, in nächster Zeit womöglich mehr Mitarbeiter als bisher bekannt in die Kurzarbeit zu schicken. Der Chip-Riese Intel sieht kein Ende der globalen Halbleiter-Engpässe, wie das Unternehmen am Donnerstagabend deutscher Zeit mitteilte. Die «beispiellose Nachfrage» strapaziere die Lieferketten in der Branche, sagte der neue Intel-Chef Pat Gelsinger. Es fehle an Fertigungskapazitäten, Material für Leiterplatten sowie an Bauteilen.

Merkel sieht keine Alternative zu Ausgangsbeschränkungen

Berlin (dpa) - Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht mit Blick auf die Erfahrungen anderer europäischer Staaten keine Alternative zu den seit Mitternacht geltenden Regeln der sogenannten Corona-Notbremse. Kein Land, das es geschafft hat, die dritte Welle zu brechen und dann Lockerungen vorzunehmen, habe das ohne vorher harte Maßnahmen wie nächtliche Ausgangsbeschränkungen geschafft, sagte die Kanzlerin in ihrer wöchentlichen Videobotschaft. Auch Deutschland komme deshalb «nicht um die Maßnahmen herum».

Bundesregierung bereitet Ausnahme-Verordnung für Geimpfte vor

Berlin (dpa) - Für vollständig gegen Covid-19 Geimpfte und für Genesene soll es nach Auffassung der Bundesregierung gewisse Ausnahmen von den geltenden Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen geben. Das geht aus einem innerhalb der Regierung abgestimmten Eckpunktepapier hervor, das als Vorbereitung für den am Montag geplanten Impfpflicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Regierungschefs der Länder erstellt wurde. In dem Papier heißt es, was Einreiseregulungen angehe sowie den Zugang zu Ladengeschäften und bestimmten Dienstleistungen sollten Menschen, die gegen Covid-19 geimpft sind, und Genesene dieselben Ausnahmen eingeräumt werden, die für negativ auf das Coronavirus Getestete gelten.

Bundesgartenschau in Erfurt eröffnet



Besucher der Bundesgartenschau gehen über das Gelände im Egapark. Nach elf Jahren Vorbereitung wurde am gleichen Tag die Buga als erste Bundesgartenschau während einer weltweiten Pandemie eröffnet. Zu den Einschränkungen und Auflagen gehört etwa, dass die Besucher an den zwei Erfurter Hauptstandorten im Egapark und auf dem Petersberg nur die Außenbereiche betreten dürfen. Innenbereiche bleiben geschlossen. Seit dem 24.04. müssen Besucher zudem einen negativen aktuellen Profi-Corona-Test vorlegen. Foto: dpa

Weltweite Militärausgaben trotz Corona-Krise weiter gestiegen

■ Von Steffen Trunpf
Stockholm (dpa) - Trotz globaler Corona-Krise und dem damit verbundenen Wirtschaftseinbruch haben die Länder der Erde im abgelaufenen Jahr erneut mehr Geld in ihre Militärapparate gesteckt. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri am Montag mitteilte, stiegen die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2020 inflationsbereinigt um 2,6 Prozent auf schätzungsweise 1,981 Billionen Dollar (rund 1,65 Billionen Euro). Das sei ein Höchststand seit Beginn vergleichbarer Schätzungen im Jahr 1988. Deutschland legte dabei prozentual so stark zu wie kein anderer Top-10-Staat. «Wir können mit einiger Sicherheit sagen, dass die Pandemie keinen signifikanten Einfluss auf die globalen Militärausgaben 2020 hatte», erklärte Sipri-Forscher Diego Lopes da Silva. Nun müsse sich zeigen, ob die Länder dieses Ausgabenniveau auch im zweiten Pandemiejahr aufrechterhalten würden. Seine Sipri-Kollegin Alexandra Marksteiner sagte der Deutschen Presse-Agentur: «Es ist 2021, wir sind also nur ein Jahr vom Beginn der Pandemie entfernt. Es könnte eine Verzögerung geben, von der wir einfach noch nichts wissen.» Zudem wies Sipri darauf hin, dass die jährlich veröffentlichten Schätzungen diesmal coronabedingt mit

einer größeren Unsicherheit behaftet seien als sonst. Den gesamten Einfluss der Pandemie werde man abschließend erst in einigen Jahren sehen. Im Vorjahr hatten die Friedensforscher wegen der Corona-Krise damit gerechnet, dass 2019 vorerst ein Höchststand erreicht worden sei. Nun hieß es, tatsächlich hätten einige Länder wie Chile und Südkorea ihre für die Verteidigung vorgesehenen Mittel 2020 teilweise für die Reaktion auf die Pandemie verwendet, andere wie Brasilien und Russland erheblich weniger als ursprünglich geplant ins Militär gesteckt. An einem weiteren globalen Ausgabenanstieg änderte all das jedoch nichts - und auch nicht am unangefochtenen Spitzenreiter, den USA. Im letzten vollen Amtsjahr von Präsident Donald Trump steigerten die Vereinigten Staaten ihre Militärausgaben nochmals um 4,4 Prozent auf schätzungsweise 778 Milliarden Dollar. Auf sieben Jahre mit kontinuierlich sinkenden US-Ausgaben folgten somit drei Jahre mit Zuwächsen. Diese jüngsten Anstiege ließen sich vor allem auf starke Investitionen in militärische Forschung und Entwicklung sowie langfristige Projekte wie die Modernisierung des Atomwaffenarsenals und große Militärbeschaffungen zurückführen, sagte Marksteiner. Damit waren die USA

für satte 39 Prozent aller Militärausgaben weltweit verantwortlich. Zum Vergleich: Die US-Ausgaben entsprachen denen der zwölf darauffolgenden Staaten zusammen. Auf die USA folgen die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde: Chinas Ausgaben wurden von Sipri nach dem 26. Jahresanstieg in Serie auf 252 Milliarden, die von Indien auf 72,9 Milliarden Dollar geschätzt. Dahinter landeten Russland (61,7 Mrd Dollar), Großbritannien (59,2 Mrd) und Saudi-Arabien (57,5 Mrd) - und dann kommt auch schon Deutschland, das knapp vor Frankreich auf Rang sieben liegt. Angesichts von Nato- und US-Forderungen nach gesteigerten Verteidigungsausgaben legte die Bundesrepublik 2020 um 5,2 Prozent auf geschätzte 52,8 Milliarden Dollar zu - dem höchsten Niveau seit 1993. Damit sind diese Ausgaben seit 2011 um 28 Prozent gestiegen, im weltweiten Durchschnitt waren es in diesem Zeitraum 9,3 Prozent. «Wir beobachten diesen Trend zunehmender Militärausgaben in Deutschland seit einigen Jahren», sagte Marksteiner. «Nach unseren Daten hat Deutschland nach 2014 wieder damit begonnen, seine Ausgaben zu erhöhen. Die Größenordnung variiert von Jahr zu Jahr, aber der Trend insgesamt bleibt gleich.»

Das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär aufzuwenden, verpasst Deutschland wie andere Staaten des Bündnisses weiter klar: Die Nato sah die Bundesrepublik 2020 bei 1,56 Prozent, Sipri nun bei 1,4 Prozent. Generell erreichen diesmal laut Sipri zwölf statt wie zuvor neun Nato-Staaten ihr Zwei-Prozent-Ziel - dies lasse sich aber vermutlich eher auf den coronabedingten wirtschaftlichen Abschwung als auf bewusste Entscheidungen zurückführen, beurteilte Lopes da Silva. Weltweit stieg der Anteil der Militärausgaben am BIP um 0,2 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent. Sipris jährlich veröffentlichter Bericht gilt als die umfassendste Datensammlung zu den Militärausgaben weltweit. Das Institut in der schwedischen Hauptstadt stützt sich dabei auf offizielle Regierungsangaben zum Verteidigungsbudget sowie weitere Quellen und Statistiken - die Zahlen weichen deshalb traditionell von den Angaben der Nato und einzelner Länder ab. Teils basieren die Daten auf bewilligten Budgets statt auf endgültigen Ausgaben des Jahres, das wird später dann angeglichen. Zu den Ausgaben werden auch Aufwände für Personal, Militärhilfen sowie militärische Forschung und Entwicklung gezählt.

UNSERE ADRESSE

Phone: 586.486.5496

N.A. Wochenpost
12200 E 13 Mile Rd, Ste. 140
Warren, MI 48093

info@wochenpostusa.com
www.wochenpostusa.com

